

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Strelitz, höhere Gemalt und Betriebsführung entbinden den Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: für die jehnjährige  
Abnahme durch den Verlag des „Politischen  
Wegweisers“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-  
straße 30.

Nummer 10

Halle, 10. März 1928

4. Jahrgang

## Die Politik der Müdigkeit

### Gedämpfter Trommelklang

Den inneren Zwang, das Notprogramm fertigzustellen, haben wir bereitwillig anerkannt. Es kam schließlich auf einige Wochen nicht mehr an, wenn es nur gelang, die wichtigsten, gelegentlichen Vorlagen noch zu verabschieden. Der jedoch gelangt hat, daß nun ein gewisses Tempo eingenommen wurde, um bis zum letzten Tage des Monats diese wichtige Aufgabe zu erfüllen, sieht sich bitter enttäuscht. Langsam und schleppend schleichen die Etatsberatungen fort. Der große Zug fehlt völlig. Nicht einmal die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zeigen jene Lebendigkeit, die eigentlich angelehnt der bevorstehenden Wahlen hätte sein sollen. So geht bei gedämpftem Trommelklang. So redet die Luft zur Arbeit hat eigentlich niemand mehr. Aber schließlich immer als das. Man hat diese ganze Zeit mit der Kameleopardie mit Erörterungen verbracht, die ohne Nutzen für die Sache sehr wohl abgetrieben hätten werden können. Wer heute einer Debatte im Reichstage beiwohnt, kann nicht auf den Gedanken kommen, daß wir uns unmittelbar vor Abschluß der parlamentarischen Tagung befinden. Es wird genau so viel und genau so überflüssiges geredet wie in vergangenen Jahren. Nur hier und da ragen einmal ein paar Lichter auf, um sofort wieder zu erlöschen. Und auch dieses Tempo scheint eine innere Verbindung zu haben. Man kann das Notprogramm noch immer nicht vorlegen, weil man innerhalb eines hochkomplizierten Kabinetts bisher nicht einig zu werden vermochte. Diese Optimisten, namentlich auf der Rechten, daraus den Schluß ziehen, daß es doch eigentlich auch ohne Erfüllung möglich, so kommen wir ungeliebt zu dem Ergebnis, daß es kaum für den Tat bald vorbei ist, daß man auch unter Verzicht auf die an sich notwendigen Vorlagen den Reichstag zu einem Votum bestimmen. Um dieses Bild zu verdeutlichen, bringe man wirklich nicht in langwierigen Verhandlungen die Plattform zu suchen.

### Die Reichsregierung

Ueber einen Fortschritt soll man nichts Böses sagen. Diesen Grund haben man auch auf Sterbende auszuweisen. Das Kabinetts liegt in den letzten Tagen. So erheitert wir immer beklammert haben, hätten wir ihn doch ein Ende in Schönheit gekündigt. Dieses ruhmsüchtige Dabinschleichen aber ist peinlich. Herr Dr. Marx hat infolge seiner Krankheit die Bügel am Boden schleifen lassen müssen, wobei es zweifelhaft ist, ob er in gebundenen Tagen die hätte anziehen können. Wenn etwas für ihn gerät, so ist es sein Ertrag durch Herrn Dr. Seyditz, der nicht gerade den großen Befähigungsnachweis erbracht hat. Nur einmal wurde er energisch, als er nämlich verlangte, daß man die Gefährdungsreform verfolge. Eigentlich sollte er als Reichsminister der deutschen Industrie zurecht sein, daß er noch arbeitsunfähig parlamentarisch gibt, die unermüdeten Härten des Bürgerlichen Gesetzbuches beizugehen wollen. Aber weit gefehlt. Er hat nicht einmal den Wunsch, seine ministerielle Kaufbahn durch eine Tat abzuschließen. Nur das Ausbleiben still ruhig lassen. Auch sonst herrscht verlegenes Schweigen. Ueber die beiden großen gesetzgebenden Aufgaben, das Liquidationsabgeheiß und die Vermögensmaßnahmen für die Landwirtschaft herrscht Stille. Nur der Eingeweihte weiß, daß man keine Sitzung des Kabinetts dazu verwendet wird, um nichts zu erreichen. Niemand kann mit Sicherheit voraussetzen, ob es überhaupt noch zur Erörterung dieser Einwurfe kommt. Dabei vertritt man schon das Best des Bösen, ehe man ihn erledigt hat. Gewissen Kreisen ist die Besetzung neuer Beamtenstellen wichtiger als die Kassen selbst. Darüber geht der Streit. Zentrum und Deutschnationale arbeiten mit Hochdruck bei der Verteilung der Ämter. Sollte im Finanzministerium nicht vielleicht auch ein Konflikt bestehen? Herr Dr. Köhler ist Zentrumsmann und hat für die Personalpolitik seiner Partei dabei ein sehr feines Verständnis. Aber es soll nachgeordnete Stellen geben, die mit uns der Ansicht sind, daß diese Dinge wirklich Zeit haben. So läßt man sich geneigentlich. Ein Anblick, der ermüdet.

### Das Attentat

Ein Harmer, den der Krieg aus seinem ostafrikanischen Besitz vertrieben, hat auf den Vizepräsidenten des Reichstages, den Reichspräsidenten, einen Revolveranschlag abgeben, der glücklicherweise fehlging. Auch das von ihm in einem Koffer mitgeführte Schmauzpulver kam nicht zur Explosion. Seine Bestrafung ist sicher. Da es sich um ein Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz handelt, kommt nur Zuchthaus in Frage. Ein gewisses menschliches Mitleidspiegel zeigt sich trotz allem. So schmerzt sich dieser Mann verurteilt hat, wird man doch die Verweigerung nicht mit dem üblichen Maß messen dürfen. Wir müssen ja gut, daß der Bürokratismus über zweifelhafte färdertes Mildererhalten trägt. Auch das

deutsche Parlament. Erst neun Jahre nach Abschluß des Weltkrieges ist man endlich fähig, diesen deutschen Bionizien im Auslande das geben zu wollen, was ihnen von rechts wegen zusteht. Der Einwand, daß auch andere Kreise unseres Volkes schwerste Einbußen erlitten haben, ist nicht stichhaltig, weil das Reich sich im Verfall der Verträge verpflichtet hat, für die Schäden der Auslandsdeutschen aufzukommen. Neun Jahre hindurch hat man diese Männer und Frauen mit großen Worten und kleinen Maßnahmen verdrückt. Sie haben heute der bittersten Not gegenüber. Wenn sie dann die Grenzen des Gesetzes überschreiten, wird man das nicht mit einem Achselzucken abtun können. Vor allem muß die Frage sehr sorgfältig geprüft werden, ob die vielen gegen das Reichsentscheidungsamt erhobenen Vorwürfe wirklich durchweg unbegründet gewesen sind. Es muß Klarheit geschaffen werden, ob immer noch dem gleichen Schwere verfahren wurde. Zweifel daran sind nicht ganz unbegründet. So offen ist davon gesprochen worden, daß die großen Opfer behandelt wurden als die kleinen, und daß gute Beziehungen mandata Wunder wirkten. Das Reich ist es sich selbst schuldig, hier gewissenhaft nachzuprüfen, und wenn notwendig, auch durchzugreifen.

### Chechowschismus

Herr von Freitag-Vorringhofen, der in der Wahl seiner Worte niemals oberflächlich vorüber ist, hat das Verlangen nach einer Reform unserer Gesetzgebung als Chechowschismus bezeichnet und dem bösen Überdramas, der eben erst die schmerzhaften Pläne für eine Schulreform zerschlug, auch seine Erfolge im Reichsausschuß des Reichstages übel angekreidet. Herr Dr. Herz ist ganz seiner Ansicht. Daß das Zentrum in diesem Heinen nicht fehlt, versteht sich von selbst. Witter und Heilige stehen immer zusammen, wenn es gilt, das Rad geschicklicher Entwicklung aufzuhalten. Sie träumen noch immer gemeinsam vom Mittelalter. Der Reichsausschuß hat sich glücklicherweise daran nicht geteilt, sondern mit den Stimmen der Linken und der Liberalen die sofortige Erledigung gefordert. Erfolg wird man kaum damit haben. Trotzdem muß der Kampf bis zum letzten geföhrt werden. Man darf nicht schweigen zu dem ungeheuerlichen Unrecht, das in unserer bisherigen Gesetzgebung liegt. Nicht die christliche Ehe wie der baltische Baron behauptet wird durch die Reform gefährdet, sondern umgekehrt. Nichts versteht mehr gegen die Heiligkeit des Sakramentes als die schonende Pflege einer auf Liebe und innerer Unwahrscheinlichkeit begründeten Ehe. Dieser Mafel muß getilgt werden. Darin werden wir uns weder von Zentrum, noch von den Deutschnationalen ihre machen lassen.

### Wirtschaftspolitik

Eines der wenigen interessanten Momente in der bisherigen Staatsberatung war die Abredung, die der Reichswirtschaftsminister Curtius mit seinen deutschnationalen Freunden hielt. Er hat ihnen einmal gründlich seine Meinung gesagt und damit natürlich die Mißfallen erregt. Namentlich gegen Hugenberg wandte er sich mit bemerkenswerter Schärfe. Dieser Vorkämpfer der Deutschnationalen Presse möchte gern eine Jollpolitik treiben, die Deutschland von der Welt abschließt. Curtius vermahnt demgegenüber auf die Bedürfnisse der Weltwirtschaftskonferenz, die genau das Gegenteil erstrebt. Es war nicht ungeschickt, daß er den verordneten Dr. Helfferich, der noch immer als Autorität gilt, gegen den lebenden Hugenberg ausstellte. Man könne nicht den größeren Teil der Nation zugrunde richten, um den kleineren zu retten. Sagte ein Helfferich, Hugenberg wirkungslos, aber nur es, daß der Minister auf die neue Mitarbeit der Deutschnationalen in der Regierung gerade bei Abschluß der Handelsverträge sich bezuzien konnte. Schwarz und Klar haben sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen in den entscheidenden Fragen der Wirtschaft abgeklärt. Die Linien gezogen werden, umso besser für die weitere Entwicklung. Deshalb begreifen wir es auch, daß Dr. Heyd, der Führer des Reichslandbundes aus der Volkspartei ausgetreten ist, um sich an die Spitze der neuen christlich nationalen Bauernpartei zu stellen. Es wird behauptet, daß dieses Befreiende nicht reaktionär sei, sondern sich schon in bezüglichen Gegenstand zum Organisationsvermögen finde. Sollte das zutreffen, so wäre es gewiß kein Unglück. Aber das waren wir in Auge und Geduld ab.

### Die polnischen Wahlen

Die Wahlen in unserem östlichen Nachbarstaat haben einen glänzenden Erfolg für die Freiheit gestiftet. Die nationalistischen Kreise wurden vollkommen zerschlagen. Und das ist gut. Trotzdem bleiben diese Wahlen bedeutend, denn sie sind mit unerhörtem Terror geführt worden. Man kann

nicht mit Sicherheit sagen, daß sie die Volkstimmung widerspiegeln. Der Ausgang gibt lediglich dem Diktator die Möglichkeit, jetzt ungehindert durch die Massen Korruption seine eigene Politik zu führen. Sie kann deutschfreundlicher werden und mühte es auch, doch werden wir nach den bisherigen Taten des Marschalls daran einige Zweifel hegen müssen. Besonders erfreulich ist der Sieg des Deutschtums, das sich tapfer geflagen hat. Keine Niedertracht und brutale Gewalt haben nichts auszurufen vermocht. Der Vorwurf von Oberherrschaft hat mit Mitteln gearbeitet, die beispiellos sind und die ihm in jedem Kulturstaat einen Ehrenplatz im Justizhaus verschaffen würden. Selbst vor Ehrenpfählen gegen deutsche Firmen ist er nicht zurückgetreten. Der Erfolg hätte noch größer sein können, wenn nicht die deutschen Sozialdemokraten wieder einmal die eigenen Reihen durchgeschnitten und sich mit den polnischen Genossen verbunden hätten. Obwohl sie wissen mußten, daß niemand die Internationalen so wenig Ansehen genießt, wie bei den polnischen Sozialisten. Wenn Wandel ist ihnen zugesagt, während ihre Stimmen auf gemeinsamer Erde dem Deutschtum zum mindesten noch einen Sitz verschafft hätten.

### Genf

Ein großer Aufstand ist schmählich vertan worden. Die kleine Entente hatte gegen Ungarn Klage erhoben. Sämtlich unbegründet, denn die Warenabfuhr verließ gegen die Bestimmungen von Trianon. Nur muß man immer bedenken, daß sich dieses Verbot stets erhebt, wenn einer der belagerten Staaten des Krieges sich wiederholtlich einige Maßnahmen genehmigt verschafft, während die Große und die Kleine Entente noch immer nicht daran denken, ihre durch Unterwerfung befähigte Verpflichtung zur Abdrückung aus nur in Angriff zu nehmen. Herr Brand machte sich die Sache Prag und Belgrad zu eigen. Sicherlich nicht freiwillig, dazu ist er zu klug, aber seine trübselige lärmende Presse zwang ihn dazu. So mußte er die Investigation fordern. Wir glauben kaum, daß er den Schreibern in Paris ernstlich auf Ungarn antaum. Sie wollten nur diese Militärkontrollen einführen, um sie dann bei guter Gelegenheit gegen Deutschtum zu verwenden. Italien sagte nein, denn die Waffen kammer aus seinem Besitz. England verpörrte gleichfalls seine Meinung, den großen Apparat in Bewegung zu setzen. So beschloß man denn, eine Kommission nach Ungarn zu entsenden, die nichts mehr finden wird. Die Berge freilich und ein Mäusen wurde geboren.

### Mussolini

Nun haben wir auch die große Rede des Duce über uns ergehen lassen müssen. Das Reichs hat selbst für seine Verhältnisse genovig. Seine Drohungen gegen die Siktroler stellen eine Herausforderung der ganzen Menschheit dar. Damit wird er ihren Sinn nicht brechen. Aber er vertritt sich zu einer Bemerkung, die doch Widerspruch hervorberufen muß. Juchserungen und Unterwürfen früherer Regierungen gelten nicht. Wie wäre es, wenn wir diesen Satz einmal auf die Friedensverträge ausdehnen würden? Er selbst könnte das doch nur in der Ordnung finden.

Richard May.

### Reudell und der Pädagogische Kongress

Ueber ein seltsames Stück des Reichsinnensinnens von Reudell, das ganz ungewöhnlich die Stellung dieses Herrn zu kulturellen Fragen im allgemeinen und zu pädagogischen Problemen im besonderen enthält, berichtet der „Demokratische Zeitungsdienst“ folgendes:  
Aus Anlaß einer Tagung der „Internationalen Vereinigung der Lehrerverbände“ des Reichs der Lehrerverband Berlin im Auftrag des Deutschen Lehrerverbands in der Zeit vom 12. bis 17. April d. J. in Berlin einen pädagogischen Kongress mit dem Thema: „Die neuzeitliche deutsche Volksschule.“ Einladungen zur Teilnahme an dem Kongress sind ergangen an die Interdisziplinären Verbände und die Lehrerschaft sämtlicher Kulturstaaten, sowie an die Schulverwaltungen der größeren Städte des In- und Auslandes. Wegen der kulturpolitischen Bedeutung dieser Veranstaltung glaubte die Kongressleitung mit einer Bitte um Beihilfe sich auch an das Deutsche Reich zu dürfen, zumal da der preussische Staat und die Stadt Berlin eine Beihilfe von 25.000 Mark zu gewähren bereit waren, wenn sich auch das Reich mit einer Beihilfe in gleicher Höhe beteiligte. Das Reichsministerium des Inneren bewilligte auch einen Zuschuß von 5000 Mark. Der Minister des Inneren dagegen lehnte, nachdem er die Kongressleitung wochenlang im ungewissen gelassen hatte, am 18. Februar endgültig ab — methodischer (aber natürlich) nur zu

fälliger) Weite kurze Zeit, nachdem die Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung die besamten den Reichstag herabziehenden Beschlüssen des Reichstages auf dem Zentralen Landbündnis entsprechend gewirkt hätte. Der Reichstag des Reichstages ist so charakteristisch, daß ihn völlig glauben bringen zu müssen. Er lautet:

„Wie ich aus Ihrem Schreiben vom 23. Dezember 1927 ergibt, soll der Pädagogische Kongress über Fragen des Volksschulwesens, der zu Osnabrück 1928 aus Anlaß einer Tagung der Internationalen Vereinigung der Lehrverbände in Berlin geplant ist, von Lehrverbänden Berlin mit Unterstützung des Deutschen Lehrvereins und des ihm angehörigen Pädagogischen Lehrvereins veranstaltet werden. Eine Beteiligung der übrigen Lehrorganisationen findet, wie mir mitgeteilt wird, jedoch nicht statt. So bezeugt sich die Sache, wenn auf pädagogischen Tagungen, die der Initiative der Volksschullehrerschaft entspringen, Fragen des Volksschulwesens behandelt und gefaßt werden, so vermag die Reichsregierung doch Mittel für solche Fragen nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn dabei eine aktive Beteiligung der gesamten Volksschullehrerschaft, soweit sie in Lehrorganisationen zusammengefaßt ist, zum Ausdruck kommt. Da die letztere Voraussetzung bei dem von Ihnen vorgelegten Plane nicht erfüllt ist, bin ich zu meinem Bedauern nicht in der Lage, Ihre Bitte um Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten des Kongresses zu entsprechen. Bei dieser Sachlage beantrage ich auch der gefälligen Aufklärung, in der Ehrenauskunft einzutreten, und einen Vertreter meines Ministeriums in den Geschäftsführer des Ausschusses zu entsenden, nicht entsprechen zu können. Ges. von Keudell.“

Der von Herrn von Keudell angegebene Grund für die Ablehnung ist nicht stichhaltig. Denn der Kongress wird tatsächlich von fast allen Lehrorganisationen getragen. Ausgeschlossen hat sich ausdrücklich nur die Leitung des Nationalen Lehrvereins, vermutlich wegen der gegenwärtigen Einstellung des Deutschen Lehrvereins zum Volksschulgesetz. Es trifft also nicht zu, daß eine Beteiligung der „übrigen“ Lehrorganisationen nicht stattfindet. Aber selbst wenn nicht die gesamte Lehrerschaft hinter dem Unternehmen stände, auch dann wäre es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, eines deutschen Volksschullehrers, eine für das deutsche Schulwesen und die Jugendpflege so wichtige, für die Geltung der deutschen Kultur auch im Ausland so bedeutende Veranstaltung mit allen Kräften zu fördern, besonders da, wie das Programm des Kongresses zeigt, jede einseitige Tendenz peinlichst vermieden ist. Herr von Keudell ist doch sonst nicht so stur und so blöde. Es sei mir daran erinnert, wie eilig er es hatte, im vorigen Herbst die Einladung zu dem städtischen Studententag in Berlin mit einem Solidaritäts-Telegramm zu erwidern. In Vergleich zu den Riesenjahren, die das sogenannte Kulturprogramm der Reichsregierung für gewisse Volksschulen zur Verfügung stellt, spielt ein Betrag von 10 000 bis 15 000 Mark gar keine Rolle. Das mag ja auch der Innenminister nicht einmal zu behaupten. Um so peinlicher wirkt seine ablehnende Haltung, die offensichtlich durch einen entsprechenden Beschluß des Reichstages gründlich desavouiert wird.

Leistungsfähigkeit des Reiches festgelegt. Diese Bestimmung findet, soweit es sich um den württembergischen Staat handelt, stimmungsgemäße Anwendung auf die Fälle aus § 116.“

Am Ralle der Ablehnung des vorliegenden Antrages wird beantragt:

1. Dem neuen § 27 die folgende Fassung zu geben: „Nach der endgültigen Regelung der Reparationsverpflichtungen oder nach der Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit erfolgt auf der Grundlage der durch das Gesetz getroffenen Bestimmungen eine neue gesetzliche Regelung der noch nicht abgeleiteten Entschuldigungsansprüche und Zahlungen.“

2. In der Ueberschrift des Gesetzes ist in dem Titel „Kriegsausgleichsgesetz“ das Wort „Schluß“ zu streichen. Ferner beantragte die Demokraten im Ausschuss die Annahme folgender Entschuldigungsansprüche:

Der Ausschuss wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag beauftragt, daß in dem Kriegsausgleichsgesetz die berechtigten Ansprüche der Ausgleichsgläubiger auf Entschädigung ihrer Forderungen, soweit sie bei der Reichsregierung gefunden haben, um die Verwirklichung des Gesetzes nicht durch eine Überlastung zu gefährden, die Reichsregierung zurzeit darauf verpflichtet, die Erfüllung dieser Verpflichtung durch das vorliegende Gesetz zu regeln. Er stellt aber an die Regierung das Verlangen, mit der Beschleunigung eines Gesetzesentwurfes vorzutreten, der die Beschleunigung der Ausgleichsgläubiger endlich einer gesetzlichen Regelung zuführt.“

## Preußens Leistungen für die Landwirtschaft

### Finanzminister Höpker-Aschoff vor dem Landtag

In einer Rede zur Vorlage der Grundvermögenssteuer im Preussischen Landtag machte Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff aus bemerkenswerten Ausführungen über die allgemeinen Leistungen Preußens für die Landwirtschaft, die wir hier im Auszug bringen. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff führte aus:

„Der deutsch-nationale Redner hat eine Mahnung an die preussische Regierung gerichtet, doch für die Landwirtschaft etwas mehr zu tun als bisher. Ich darf auf diese Dinge mit grundsätzlichen Ausführungen eingehen. Die Steuererleichterung der Landwirtschaft für den preussischen Staat beträgt rund 60 Millionen an Grundvermögenssteuer. Wenn Sie damit vergleichen, was der preussische Staat für landwirtschaftliche Zwecke aufwendet, so kommen Sie zu folgenden Offizern. Der Zusatzbedarf der landwirtschaftlichen Verwaltung insgesamt betrug im Jahre 1924 48 Millionen, im Jahre 1925 71 Millionen, im Jahre 1926 78 Millionen, im Jahre 1927 76 Millionen; für das Jahr 1928 ist der Zusatz zur landwirtschaftlichen Verwaltung veranschlagt auf 85 Millionen (hört, hört)“

„Sie finden im Vorbericht zum Haushaltsplan Ausführungen, für welche Zwecke die aufgenommenen Anleihen verwendet worden sind. Sie finden dort, daß für landwirtschaftliche Zwecke aus Anleihebeträgen verwendet worden sind für die Domänenverwaltung 20 Millionen, für die landwirtschaftliche Verwaltung im engeren Sinne 65,2 Millionen, für die Landwirtschaft Abteilung Kaiserbau 10,2 Millionen; für das kommende Jahr haben wir Anleiheausgaben für die Landwirtschaftliche Verwaltung im engeren Sinne — also ohne Domänenverwaltung, Siedlung und Kanalarbeiten — in Höhe von 29,9 Millionen in Aussicht genommen. Das sind in der Hauptsache Ausgaben für Meliorationen. Für Meliorationen allein sollen 7,1 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Bei diesen Anleihebeträgen sind diejenigen Anleihebeträge, die wir der Preussentasse zur Verpfändung ihres Eigenkapitals zur Verfügung gestellt haben, die doch auch vornehmlich eine Stütze für die Landwirtschaft sind, überhaupt noch nicht mitgerechnet worden. Der Preussentasse sind im letzten Jahr zur Verpfändung ihres Eigenkapitals 40 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Die Staatsregierung beabsichtigt, noch vor dem Auseinandergehen des Landtages ein Gesetz vorzulegen, in dem eine weitere Verpfändung des Eigenkapitals der Preussentasse zunächst um mindestens 30 Millionen gefordert wird. Also auch das ist eine starke Stütze für die Landwirtschaft (Sehr richtig). In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß nach meinem Dafürhalten die Kredithilfe für die Landwirtschaft vornehmlich von der Preussentasse ausgehen muß, daß alle Maßnahmen, die für eine Kredithilfe getroffen werden müssen, nicht die Bedeutung haben wie die Kredithilfe, die von der Preussentasse der Landwirtschaft gegeben werden soll. (Sehr richtig). Ich möchte daher nur, daß auch das Reich an seinem Teil mit dazu überginge, das Eigenkapital der Preussentasse zu verpfänden. Wir sind durchaus bereit, wenn sich das Reich an der Preussentasse beteiligt, dem Reich entsprechend ferner Beteiligung einen Einfluß auch im Vorstand und in den Ausschüssen der Preussentasse einzuräumen, aber es scheint ja so, als ob die 25 Millionen, die die Reichsregierung für die Förderung der Genossenschaften in Aussicht nimmt, nicht auf diesem allein zweckmäßigsten Wege der Verpfändung des Eigenkapitals der Preussentasse verwendet werden soll, sondern daß sie auf andere Weise verwendet — ich will nicht sagen: verzeittelt werden, sehr zum Schaden der Landwirtschaft.“

Man liest ja heute überhaupt in der Öffentlichkeit, immer darauf hinzuweisen, daß das Reich alles Mögliche für die Landwirtschaft tut und Preußen nicht. Wie sieht es denn mit der großen Umschuldungsaktion? Wir haben vor einigen Wochen gewaltige Zahlen von anstehenden und nicht anstehenden Stellen gehört. Dabei war von einer 500-Millionen-Anleihe die Rede, mit der namentlich der Kredit bei der Landwirtschaft umgeschuldet und vergrößert werden sollte. Als dann niemand mehr klar sah, was eigentlich

geplant war, haben die preussischen Ressorts, der Landwirtschaftsminister und ich, den Reichsfinanzminister gebeten, doch einmal in einer Sprechstunde diese Dinge zu erklären. Es stellte sich da heraus, daß erstens über die Summe von 500 Millionen sehr verschiedene Auffassungen bestanden, daß die Bankdirektoren erklärten, diese Summe könne garnicht aufgebracht werden. Es stellte sich zweitens heraus, daß gewisse Mißverständnisse vorgekommen waren, indem man im Reich daran gedacht hatte, eine solche Summe zur Beilegung für zweite Hypotheken zu verwenden, während man bei der Reichsbank immer nur an die erste Hypothek und an die Aufnahme solcher Anleihen durch die Rentenkontrollenanstalt gedacht hat. Nach vielen Beratungen kam man zu dem Ergebnis, daß es vielleicht möglich sein würde, daß die Landesbankzentrale eine Anleihe aufnimmt, — an der der preussische Staat auf dem Umwege über die Preussentasse auch wieder mit 40 Prozent beteiligt ist. Diese Anleihe der Landesbankzentrale soll an die Provinzen gegeben werden, die damit ohne weiteres die Haftung übernehmen würden unter der Voraussetzung, daß Reich und Länder den Provinzen gegenüber eine Niederlegung übernehmen. Also es ist gar nicht so, als ob diese große Umschuldungsaktion, die ich außerordentlich begrüße, nun allein mit Reichsmitteln und mit Reichshilfe allein durchgeführt wird, sondern es ist so, daß auch hier Preußen sein gut Teil dazu tut. Ich habe mich für verpflichtet gehalten, auf alle diese Dinge einmal hinzuweisen, um das Gerücht zu widerlegen, als ob sich Preußen vor der Vorlage der Landwirtschaftsverfassung würde und nicht dasjenige für die Landwirtschaft tut (Sehhafter Beifall).

Wir haben ferner in den vergangenen Jahren eine erhebliche Summe für Notstandsaktionen zur Verfügung gestellt, in den weitaus meisten Fällen aus Anlaß von Hochwasserständen und zugunsten landwirtschaftlicher Betriebe. Die Summen, die so aufgebracht worden sind, sind folgende: Im Jahre 1924 8,6 Millionen, 1925 12,6 Millionen, 1926 21,8 Millionen und im Jahre 1927 voraussichtlich 16 Millionen. Aus dieser letzten Summe von 16 Millionen habe ich nun insbesondere hervor, daß wir längst im Zuge der Notstandsaktion für Pommeren zunächst 2,75 Millionen bereitgestellt haben, dann als zweite Rate einen Betrag von 4 Millionen, und daß wir heute bei dieser zweiten Rate noch darauf warten, daß sich das Reich in gleicher Weise beteiligt. (Sehr, hört) Ich darf weiter darauf hinweisen, daß wir für Bommern aus einer Bürgschaft für Dingenmittelfreie im Betrage von 10 Millionen übernommen haben. Ich glaube, auch diese Angaben sind geeignet, das ganze Bild abzurunden.“

Die Landwirtschaft ist gewiß nicht in einer glänzenden Lage, und die preussische Staatsregierung würde eine ihrer vornehmlichen Aufgaben verlernen, wenn sie der Landwirtschaft nicht nach Kräften helfen wollte. Man sollte aber auch anerkennen, daß sich ihre Unterstützung der Landwirtschaft wohl sehen lassen kann. (Sehhafter Beifall.)

### Demokratische Anträge zum Liquidationsschädengesetz

Die Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei im Entschuldigungsaußschuß des Reichstages, die Abgeordneten Dr. Neuf und Freiherr von Nostitz-Hannover haben beantragt, dem Gesetz folgenden § 27 anzufügen:

„Jeder Geschädigte erhält für die Differenz zwischen den Entschuldigungsansprüchen gemäß §§ 3 und 4 (früher 5) und den folgenden Entschuldigungsansätzen:

a) für die ersten	10 000 Mark	100%
b) für die weiteren	20 000 Mark	80%
c) für die weiteren	170 000 Mark	60%
d) für die weiteren	800 000 Mark	40%
e) für die weiteren	4 000 000 Mark	33 1/3%
f) für die weiteren	5 000 000 Mark	25%
g) für darüber hinaus		12 1/2%

ein vorläufig unvollständiges und unvollständiges Schluß anerkennen des Reiches. Der Betrag der Zahlungen, die Zahlungskonten und Zahlungskonten werden durch ein besonderes Gesetz, nach endgültiger Regelung der Reparationsverpflichtungen oder nach Wiederherstellung der

### Die Auflösung der Familienfiduciarverhältnisse

Ein demokratischer Antrag. Zur beschleunigten Auflösung der Familienfiduciarverhältnisse hat die demokratische Fraktion im preussischen Landtag folgenden Entschuldigungsantrag eingebracht:

Das Staatsministerium wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit

1. die außerordentliche Verpfändung, die die Auflösung der Familienfiduciarverhältnisse infolge der jetzt geltenden Vorschriften erfordert, alsbald dadurch beseitigt wird, daß ein bestimmter Endtermin festgelegt wird, bis zu dem alle Familienfiduciarverhältnisse gelöst werden müssen;
2. die gänzlich unangerechnete Bevorratung der nächsten Folgeberechtigten die durch Vorratung der 1/2 des Fideikommisses tatsächlich auf eine Aufrechterhaltung des Lastendienstes zu seinen Gunsten und zum Nachteil der nächsten Folgeberechtigten hinausführt, durch eine Durchgrenzung der Siedlungsverpflichtungen hinausgeführt und insbesondere die Umwandlung der Familienfiduciarverhältnisse in Stiftungen verhindert wird;
3. die Gläubiger des Vermögens angemessener gestellt werden, zum mindesten dadurch, daß vor der alsbaldigen Auflösung dem Beisitzer ein freies, das heißt der Bestenfolge nicht unterliegendes Anteil gewährt wird.

Zur Begründung dieses Antrages wird ausgeführt: In den letzten Jahren hat die Praxis gezeigt, daß die Bestimmungen und Ausführungsbestimmungen über die Auflösung der Familienfiduciarverhältnisse nicht die Bedürfnisse der Praxis entsprechen. Die Auflösung tritt nämlich ein, wenn der am 1. April 1921 vorhandene Bestenfolger stirbt. Hierdurch wird der Zeitpunkt der Auflösung gewöhnlich schon weit hinausgerückt. Er wird aber vielfach noch um eine Generation weiter hinausgeschoben, weil die Voraussetzungen der Zangschaftsverordnung vom 19. November 1920 vorliegen oder wenn der Bestenfolger auf das Familiengut vor dem 1. April 1921 zugunsten der nächsten Folgeberechtigten verzichtet hat und also ebenfalls Ableben abgewartet werden muß. Es kommt hinzu, daß der Folgeberechtigte 1/2 des Gesamtbesitzes vererbt, die übrigen Erben zusammen nur 1/2 des Gesamtbesitzes. Unter Berücksichtigung der heutigen Bestimmungen über Bildung von Baus-, Land-, Leih- und Alters- und Erwidlung von Stiftungen ist damit zu rechnen, daß die noch bestehenden 880 Familienfiduciarverhältnisse mit ihren 1 760 000 ha noch auf Jahrzehnte hinaus im Gegensatz zu den Siedlungsverpflichtungen — durch ein Sondergesetz zusammengefaßt werden. Außerdem steht die an den Familienfiduciarverhältnissen beteiligten noch a) Jahrzehnte hinaus bezüglich der Schuldverhältnisse mit einem besonderen Recht, das es eine Verbriefung der Gläubiger beinträchtigt. Gläubiger von Familienfiduciarverhältnissen die in entschuldigten Verhältnissen der verbrieften Familien Gläubiger sind und im Vertrauen auf den großen Wert Kredit gewährt haben, sind genötigt, sich im Geschäftsaufsichtsverfahren mit 35% zurüden zu geben und haben oft einmal diese beschuldende Wirkung zu halten, obwohl das Gesamtvermögen einen beträchtlichen Wechseltagswert von 7,9 Millionen Reichsmark hat und nur mit ungefähr zwei Millionen Reichsmark belastet ist. Aus diesen Verhältnissen können erhebliche Schädigungen des Geschäftslebens entstehen.

### Politische Notizen

Keine Zerspaltung im öffentlichen Kraftwagenverkehr. Bei der Beratung des Reichshaushaltes des Reichstages erklärte im Ausschuss für die Politik, „Straßfahrwesen“ der Abgeordnete Dr. Ing. Wieland (Demokrat), daß seine Fraktion die Forderung von zwei Millionen zur Beteiligung an Kraftwagenverkehrsunternehmen ablehnen werde, wie dies auch im vergangenen Jahre geschehen sei. Wenn in der Öffentlichkeit des Verkehrsministeriums gesagt sei, daß das Reich dazu berufen sei, die Kraftwagenverkehrsunternehmen zu finanzieren, so muß er darauf hinweisen, daß ja das Reich nach zwei anderen Richtungen hin schon sehr hart mit den Kraftwagenverkehrsunternehmen verfahren habe. Einerseits habe die Reichsbahn den Kraftwagenverkehr durch Kraftwagen in die Hand genommen und andererseits der Kraftwagenverkehr der Post in großem Maße aufgegeben. Es sei bei der dringenden Wichtigkeit der Staatsmittel nachzuweisen, ob in dieser Richtung auch weitere Mittel aufgegeben werden könnten. Außerdem sei festzustellen, ob es zweckmäßig sei, den Kraftwagenverkehr nach drei Richtungen zu zerpfüttern. Da der Reichshaushalt





# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsstörung entbinden der Verlag von der Haftung für Verzögerung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Wagelengeld: Für die jedweden-  
Millimeter-Zeile 10 Mark. - Wagelengeld  
im Rahmen 1 Mark. - Wagelengeld  
nahme durch den Verlag des „Politischen  
Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhaus-  
straße 30.

Nummer 10

Halle, 10. März 1928

4. Jahrgang

## Die Politik der Müdigkeit

### Gedämpfter Trommelklang

Den inneren Zwang, das Notprogramm fertigzustellen, wird bereitwillig anerkannt. Es kam schließlich auf einen Boden nicht mehr an, wenn es nur gelang, die eigenen, gelegentlich vorliegenden noch zu verabsichtigen. Aber es galt, daß nun ein gewisses Tempo eingehalten würde, um bis zum letzten Tage des Monats diese geforderte Aufgabe zu erfüllen, steht sich bitter entgegen. Langsam und schleppend schleichen die Entscheidung fort. Der große Zug steht völlig. Nicht einmal die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien zeigen jene Wärme, die eigentlich angesichts der bevorstehenden Wahlen erforderlich wäre. Es geht bei gedämpften Trommelklang. So rechte Lust zur Arbeit hat eigentlich niemand mehr. Aber schlimmer als das. Man hat diese ganze Zeit bei der Kassenpause mit Erörterungen verbracht, die ohne Folgen für die Sache sehr wohl abgefaßt hätten werden können. Wer heute einer Debatte am Reichstage beizuwohnen, kann nicht auf den Gedanken kommen, daß wir uns unentbehrlich vor Abschluß der parlamentarischen Tagung befinden. Es wird genau so viel und genau so überflüssiges geredet wie in vergangenen Jahren. Nur hier und da blüht einmal ein paar Lichter auf, um sofort wieder zu verschwinden. Und auch dieses Tempo scheint eine innere Begrenzung zu haben. Man kann das Notprogramm noch immer nicht vorlegen, weil man innerhalb eines hochwohlwolligen Kabinetts bisher nicht einig zu werden vermochte. Das Optimieren, namentlich auf der Rechten, daraus den Zug ziehen, das es doch eigentlich auch ohne Auslösung sein, so kommen wir umgedreht zu dem Ergebnis, daß es für den Fall bald soweit ist, daß man auch unter Verzicht auf die am 10. notwendigen Vorarbeiten den Reichstag in den nächsten verammelt. Um dieses Ziel zu gewinnen, begreift man wirklich nicht in langwierigen Verhandlungen einen Plattform zu suchen.

### Die Reichsregierung

Heber einen Toten soll man nichts Bisses sagen. Das Grundgesetz kann man auch auf Sterbende ausbreiten. Das Kabinett liegt in den letzten Zügen. So erwidert man es immer bekümmert haben, hätten wir ihn doch ein Ende in Schönheit gemüht. Dieses ruhmböse Anschauen aber ist peinlich. Herr Dr. Marx hat infolge seiner Krankheit die Bügel am Boden schleifen lassen müssen, wobei es zweifelhaft ist, ob er in gebunden Tagen die alte angehen können. Wenn etwas für ihn schriftlich, so es sein Glück durch Herrn Dr. Hergert, der nicht gerade den größten Beweiskraft nachweist erbracht hat. Nur einmal wurde er energisch, als er nämlich verlangte, daß man die Befehlshaberreform vertage. Eigentlich sollte er als Minister der deutschen Industrie zufrieden sein, daß er arbeitswillige Parlamentarier gibt, die die ungelieblichen Härten des Bürgerkriegs Gefühlslos befehligen. Aber weit gefehlt. Er hat nicht einmal den Wunsch, sein ministerielle Aufgaben durch eine Tat abzuschließen. Das das Ruhende still ruhen lassen. Auch sonst herrscht ein weiches Schweigen. Heber die beiden großen gesetzgebenden Aufgaben, das Liquidationsgeschäft und die Maßnahmen für die Landwirtschaft herrscht Stille. Die der Eigenart weiß, daß man die Sitzung des Kabinetts dazu verwendet wird, um nichts zu erreichen. Niemals kann man sich Sicherheit voraussagen, ob es überhaupt zur Erörterung dieser Entwürfe kommt. Dabei verlegt man schon das Heil des Vaters, ehe man ihn erlegt hat. Gewissen streifen ist die Bezeugung neuer Beamten noch wichtiger als die Posten selbst. Darüber geht der Staat, Zentrum und Deutschnationale arbeiten mit Hochdruck bei der Verteilung der Ämter. Sollte im Finanzministerium nicht vielleicht auch ein Konflikt bestehen? Dr. Köhler ist Zentrumsmann und hat für die Republik seiner Partei daher ein sehr feines Verständnis. Wie es soll nachgeordnete Stellen geben, die mit uns die Wichtigkeit sind, daß diese Dinge wirklich Zeit haben. Es läßt man sich gegenseitig. Ein Anblick, der ermüdet.

### Das Attentat

Ein Farmer, den der Krieg aus seinem ökonomischen Heil vertrieben, hat auf der Leipzigeridenten des Reichstages ein gewisses Misserfolge abgegeben, die glücklicherweise fehl gingen. Auch das von ihm in einem Brief mitgeführte Schwärzmalerei kam nicht zur Ausführung. Seine Verachtung ist fieberhaft. Das es sich um ein Verbrechen gegen das Staatswohlgeheimnis handelt, kommt nur Zufall in Frage. Ein gewisses menschliches Mitgefühl regt sich trotz allem. So schwer sich dieser Mann verlobt hat, wird doch die Verneinung nicht mit dem letzten Maß zu dürfen. Wir wissen ja gut, daß der Bürokratismus zweifellos härteres Mitgefühl trägt. Auch das

deutsche Parlament. Erst neun Jahre nach Abschluß des Weltkrieges ist man endlich soweit, diesen deutschen Kabinetten im Ausnahme das geben zu wollen, was ihnen von rechtswegen zusteht. Der Einwand, daß auch andere Kreise unseres Volkes schwere Einbußen erlitten haben, ist nicht stichhaltig, weil das Reich sich im Verfall der Verträge verpflichtet hat, für die Schäden der Auslandsdeutschen aufzukommen. Neun Jahre hindurch hat man diese Männer und Frauen mit großen Worten und kleinen Maßnahmen vertrieben. Sie stehen heute der bittersten Not gegenüber. Wenn sie dann die Grenzen des Gesetzes überschreiten, wird man das nicht mit einem Achselzucken abtun können. Vor allem muß die Frage sehr sorgfältig geprüft werden, ob die vielen gegen das Reichsentscheidungsamt erhobenen Vorwürfe wirklich durchweg unbegründet sind. Es muß klargestellt werden, ob immer noch dem gleichen Schema verfahren wurde. Zweifel daran sind nicht ganz unbegründet. Zu offen ist davon gesprochen worden, daß die Großen besser behandelt wurden als die Kleinen, und daß gute Beschreibungen manchmal Wunder wirken. Das Reich ist es sich selbst schuldig, hier gewissenhaft nachzuprüfen, und wenn notwendig, auch durchzugreifen.

### Chechoboschewismus

Herr von Freytag-Loringhoven, der in der Wahl seiner Worte niemals unbedacht vorübergeht, hat das Verlangen nach einer Reform unserer Gesetzgebung als Chechoboschewismus bezeichnet und dem gleich Überalismus, der eben erst die schwarzen Pläne für eine Schulreform fertigt, auch seine Erfolge im Reichsausschuß des Reichstages übel angefaßt. Herr Dr. Hergert ist ganz seiner Ansicht. Daß das Zentrum in diesem Reigen nicht fehlt, versteht sich von selbst. Ritter und Heilige stehen immer zusammen, wenn es gilt, das Reich geschäftlicher Entwicklung aufzuhalten. Sie träumen noch immer gemeinsam vom Mittelalter. Der Reichsausschuß hat sich glücklicherweise daran nicht geteilt, sondern mit der Stimmen der Unten und der Liberalen die sofortige Verlegung gefordert. Erfolg wird man kaum damit haben. Trophäen muß der Kampf bis zum letzten geübt werden. Man darf nicht schwagen zu dem ungeheuerlichen Unrecht, das in unserer bisherigen Gesetzgebung liegt. Nicht die wirtschaftliche Ehe wie der holländische Baron behaupten, wird durch die Reform gefährdet, sondern umgekehrt. Nichts verliert mehr gegen die Heiligkeit des Sakramentes als die schonende Pflege einer auf Güte und innerer Unwahrscheinlichkeit begründeten Ehe. Dieser Wandel muß getätigt werden. Darin werden wir uns weder von Zentrum, noch von den Deutschnationalen irren machen lassen.

### Wirtschaftspolitik

Eines der wenigen interessanten Momente in der bisherigen Beratungen war die Abrechnung, die der Reichswirtschaftsminister Curtius mit seinen deutschnationalen Freunden hielt. Er hat ihnen einmal gründlich seine Meinung gelagt und damit natürlich die Mißfallen erregt. Namentlich gegen Hugenberg wendete er sich mit bemerkenswerter Schärfe. Dieser Beherrscher der Deutschnationalen Preise möchte gern eine Zollpolitik treiben, die Deutschland von der Welt abschließt. Curtius vermißt demgegenüber auf die Weichheit der Weltwirtschaftskonferenz, die genau das Gegenteil erstrebt. Es war nicht ungeschickt, daß er den verflorenen Dr. Helfferich, der noch immer als Autorität gilt, gegen den lebenden Hugenberg auspielte. Man könne nicht den größeren Teil der Nation zugrunde richten, um den kleineren zu retten. Sagte einst Helfferich. Besonders wirkungsvoll aber war es, daß der Minister auf die treue Mitarbeit der Deutschnationalen in der Regierung gerade bei Abschluß der Handelsverträge sich berufen konnte. Scharf und klar haben sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen in den entscheidenden Fragen der Wirtschaft abgeklärt. Die Ämter zeigen werden, umso besser für die weitere Entwicklung. Deshalb begriffen wir es auch, daß Dr. Hergert, der Führer des Reichsbundes aus der Volkspartei ausgetreten ist, um sich an die Spitze der neuen christlich nationalen Bauernpartei zu stellen. Es wird behauptet, daß dieses Verhalten nicht reaktionär sei, sondern sich schon in den bestmöglichen Gegenstand zum Großagrarium befindet. Sollte das zutreffen, so wäre es gewiß kein Unglück. Aber das warten wir in Ruhe und Geduld ab.

### Die politischen Wahlen

Die Wahlen in unserem ästhetischen Nachbarkönigreich haben einen glänzenden Erfolg für die Politik gezeigt. Die nationalistischen Kreise wurden vollkommen zerfallen. Und das ist gut so. Trotzdem bleiben diese Wahlen bedeutsam, denn sie sind mit unerschüttertem Zorn gefärbt worden. Man kann

nicht mit Sicherheit sagen, daß sie die Volkstimmung widerspiegeln. Der Ausgang gibt lediglich dem Autor die Möglichkeit, fest ungedindert durch die Namen Vorantons seine eigene Politik zu führen. Sie kann deutschfreundlicher werden und mühte es auch, doch werden wir nach den bisherigen Taten des Reichstages daran einige Zweifel hegen müssen. Besonders erfreulich ist der Sieg des Deutschtums, das sich tapfer geschlagen hat. Keine Niedertracht und brutale Gewalt haben nichts auszurichten vermocht. Der Wutwode von Oberhessen hat mit Mitteln gearbeitet, die beipassend sind und die ihm in jedem Kulturstaat einen Ehrenplatz im Justizhaus verschaffen würden. Selbst vor Verfassungen gegen deutsche Firmen ist er nicht zurückgeblieben. Der Erfolg hätte noch größer sein können, wenn nicht die deutschen Sozialdemokraten wieder einmal die eigenen Reigen durchbrochen und sich mit den polnischen Genossen verbunden hätten. Obwohl sie wissen mußten, daß niemand die Internationale so wenig Ansehen gewährt, wie bei der polnischen Sozialisten. Kein Mandat ist ihnen zugefallen, während ihre Stimmen auf gemeinsamer Kiste dem Deutschtum zum mildesten noch einen Sitz verschafft hätten.

### Genf

Ein großer Aufwand ist schmählich vertan worden. Die kleine Entente hatte gegen Ungarn Klagen erhoben. Sachlich nicht unbegründet, denn die Warenzölle verstoßen gegen die Bestimmungen von Trianon. Nur muß man immer bedenken, daß sich dieses Gezeir stets erhebt, wenn einer der belagerten Staaten des Krieges sich widerrechtlich einige Maßnahmen ergreift, während die Große und die Kleine Entente noch immer nicht daran denken, ihre durch Unterwerfung befähigte Verpflichtung zur Abrüstung auch nur in Angriff zu nehmen. Herr Briand machte sich die Sache frag und Belgrad zu eigen. Sicherlich nicht freiwillig, dazu ist er zu klug, aber seine törichte lärmende Pfeife zwang ihn dazu. So mußte er die Inoffiziell fordern. Wir glauben kaum, daß es den Schreibern in Paris ernstlich auf Ungarn ankam. Sie wollten nur diese Weltöffentlichkeit wieder einschüchtern, um sie dann bei guter Gelegenheit gegen Deutschland zu verwenden. Italien sagte nein, denn die Waffen hammen aus seinem Besitz. Deutschland verpöchte gleichfalls keine Abgabe, den großen Apparat in Bewegung zu setzen. So beschloß man denn, eine Kommission zu ernennen, die sich mit dem Streit befassen wird.



Duce über  
für seine  
die Söld-  
Menschheit  
ber er ver-  
stieg hier  
vorher  
wir diesen  
würden?  
M. h.  
Re  
gische  
denministers  
von St  
Herr  
möglich  
„Demo  
einiqu  
hand  
der Be  
pädagogischen Kongreß mit dem Thema: „Die neugeitliche deutsche Volksschule.“ Einladungen zur Teilnahme an dem Kongreß sind ergangen an die Unterrichtsverwaltungen und die Lehrerschaft sämtlicher Kulturstaaten, sowie an die Schulverwaltungen der größeren Städte des In- und Auslandes. Wegen der kulturpolitischen Bedeutung dieser Veranstaltung glaubte die Kongressleitung mit einer Bitte um Bewilligung sich auch an das Deutsche Reich wenden zu dürfen, zumal da der preussische Staat und die Stadt Berlin in diesem Jahr auch das Reich mit einer Beihilfe in gleicher Höhe beteiligt. Das Reichsministerium des Inneren bewilligte auch einen Zuschuß von 5000 Mark. Der Minister des Inneren dagegen lehnte, nachdem er die Kongressleitung nachsorgfältig in ungewissen gelassen hatte, am 18. Februar endgültig ab — mehrdeutlich (aber natürlich nur zu